Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

April 2008

Streiks im öffentlichen Dienst wird zum Streitthema Nummer eins in Deutschland

Dürfen die das?

Stillstand bei Bussen und Bahnen, geschlossene Kindergärten, überquellende Mülltonnen – auf Deutschlands Bürger kommen beschwerliche Zeiten zu. Wenn die Regierenden in Bund, Ländern und Kommunen nicht doch noch in letzter Minute nachgeben, werden die angekündigten Streiks bei den staatlichen Betrieben den Alltag von vielen Millionen Menschen durcheinander bringen. Einmal mehr wird damit der öffentliche Dienst der Bundesrepublik zum Streitthema Nummer eins in Deutschland. Dürfen die denn das? Woher soll das Geld kommen, wenn die öffentlichen Kassen leer sind und die Staatsverschuldung schon die Billionengrenze überschritten hat? Und sind die Angestellten und Beamten im Staatsdienst nicht ohnehin überprivilegiert mit ihren unkündbaren Arbeitsplätzen und ihrer sicheren Altersversorgung?

Die Antwort lautet: Ja, die dürfen das. Die Forderung nach spürbar steigenden Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst ist nicht nur legitim, sie ist sogar dringend geboten. Seit acht Jahren sinken die Reallöhne im öffentlichen Sektor und alle Argumente, die das vielleicht früher einmal gerechtfertigt haben, zählen heute nicht mehr. So ist etwa Deutschlands öffentlicher Dienst keineswegs aufgebläht und überbürokratisiert, wie das gängige Vorurteil lautet. Die Rationalisierung in Ämtern und Staatsbetrieben hat längst einen sehr schlanken Staat hervorgebracht. Der Anteil der öffentlich Beschäftigten in Deutschland an allen Angestellten und Arbeitern liegt bei nur noch knapp 12 Prozent, nicht mal halb so viel wie in Frankreich und weit geringer als in allen anderen EU-Staaten mit Ausnahme von Luxemburg. Selbst im vermeintlich durchprivatisierten Großbritannien stellen die öffentlichen Beschäftigten ein Fünftel der gesamten Arbeitnehmerschaft. Auch sind die Arbeitsplätze keineswegs für alle so sicher. Schon 11,4 Prozent aller Arbeitnehmer der öffentlichen Hand haben nur befristete Verträge. Gleichzeitig sind die Gehälter für qualifizierte Kräfte in der Privatwirtschaft inzwischen durchweg höher als beim Staat. Würde sich dieser Trend fortsetzen, wird das eher früher als später auf die Qualität der öffentlichen Dienste durchschlagen.

Und auch das Argument mit den leeren Kassen ist wenig stichhaltig. Denn die öffentliche Armut wurde mit Steuersenkungen für die Besserverdiener und der fortwährenden Begünstigung von Unternehmen und Kapitalerträgen systematisch herbeigeführt. Und das Statistische Bundesamt vermeldet dieser Tage, dass die Einnahmen der Kommunen in Deutschland im vergangenen Jahr kräftig gestiegen sind. Sie lagen mit 168,8 Milliarden Euro um 6,4 Prozent höher als 2006. Ausschlaggebend sei der Zuwachs bei den Steuereinnahmen gewesen, die mit 65,9 Milliarden Euro um 8,0 Prozent höher als im Vorjahr lagen. Die Ausgaben der Gemeinden betrugen 2007 rund 160,7 Milliarden Euro, was einem Plus von 3,2 Prozent entspricht. Vor diesem Hintergrund können die betroffenen Arbeitnehmer gar nicht anders, als das Angebot des Bundes für eine Lohnsteigerung unterhalb der Inflationsrate als Provokation aufzufassen. Auch wenn der Alltag beschwerlich wird, dieser Streik musste wohl sein. Verläuft er erfolgreich, könnte er vielleicht endlich den Anstoß bieten, die Verteilung von Einkommen und Steuerlast in Deutschland wieder fairer zu gestalten und der sozialen Spaltung in Arm und Reich entgegen zu arbeiten.

„Die Streiks sind absolut richtig“, kommentiert auch der Bundestagsabgeordnete Lothar Bisky die Arbeitsniederlegungen im Öffentlichen Dienst. „Wenn Arbeitgeber nur unseriöse Angebote vorlegen, müssen die Beschäftigten Druck machen. Dazu bleibt ihnen nur eine Möglichkeit: Streik.“ Wir LINKEN sagen schon immer, dass der Aufschwung an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern völlig vorbei geht. Sie mussten sogar Reallohnverluste hinnehmen, rechnet man die moderaten Lohn-

In dieser Ausgabe:

Das Fähnlein immer im Wind 2

Das LINKE Kommunal-Wahlprogramm für LOS entsteht 4

Kreistagsreport 5
- Von SPD versprochene „Hinwendung zu mehr Sozialpolitik“ ist Schall und Rauch
- Hartz IV – die Sackgasse

Dr. Grigor Wassilew ist 100 Jahre alt 7

Landtagsreport 8
- Wer kriegt Bodenrefomland zurück?
- Für gerechte Rundfunkgebühren
- Wohngelderhöhung endlich auf dem Weg

Alles öffentlich 10

Kein Ort für Neonazis – nirgends 11

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

SPD-CDU-Koalition in Brandenburg

Das Fähnlein immer im Wind

„Einmal hin, einmal her, rundherum, das ist nicht schwer.“ So scheint die Koalition in schöner Wendehals-Tradition Politik zu machen. Beispiel Schulpolitik. Im Dezember 2006 haben SPD und CDU ein fürchterliches Schulgesetz beschlossen, in dem u. a. eine Mindestgrenze von Schüler-Anmeldungen für den Erhalt der Schule festgelegt wurde. Alle Schulen, die nicht genug Kinder bekommen würden, mussten schließen. Gab es 2005 noch 890 Schulen im Land Brandenburg, waren es 2007 nur noch 805. Kreative Lösungen wie kleinere Klassen und ortsnahe Schulen – um einen langen Schulweg zu vermeiden – solchen Ideen der LINKEN hat die Koalition damals vehement abgelehnt.

Aber geschlossene Schulen führen zu Unmut bei der Bevölkerung – und das ist vor den Kommunalwahlen nicht gut. Das haben auch SPD und CDU festgestellt. Darum sind sie jetzt für kleinere Klassen, für Ausnahmegenehmigungen bei Schließungen, für geringere Anmeldezahlen. Wenn einem der Wind ins Gesicht bläst, dreht man sich halt um. Das falsche Schulgesetz wurde allerdings noch nicht korrigiert. Auch hat der Bildungsminister außer Ankündigungen noch nicht viel gemacht. Hoffentlich waren die Versprechen nicht nur ein laues Lüftchen. Wenn die Regierung schon nicht auf DIE LINKE hört, hört sie vielleicht auf die Bürger – zum Wohle unserer Kinder.

Pe(e)r Podcast
unter: www.peer-juergens.de

Peer Jürgens, Erkner, Mitglied des Landtages Brandenburg

SPD und Union im Gleichschritt bergab

Die Wähler sind offenbar enttäuscht über die machtpolitischen Taktiererein von SPD und CDU. Laut „ARD-Deutschlandtrend“ am 4. April 2008 sinkt die Zustimmung für die Parteien der Großen Koalition auf 63 Prozent – sie verlöre somit die Zweidrittelmehrheit. Davon profitieren die kleinen Parteien. Sie würden zweistellige Ergebnisse erreichen. Die SPD rutscht auf 26 Prozent ab. Die Union fällt auf 37 Prozent (–2) zurück. Davon profitieren die drei kleinen Parteien, die alle miteinander zweistellig einlaufen. DIE LINKE bleibt konstant bei zwölf Prozent – im Osten liegt sie bei 30 Prozent und ist damit ganz eindeutig die stärkste Partei. Die Grünen legen auf 11 Prozent (+1) und die FDP auf 10 Prozent (+2) zu. *Stephan Wende*

erhöhungen der vergangenen Jahre mit den Preiserhöhungen gegen. Im Öffentlichen Dienst ist dies besonders makaber: Die Koalition beschwört den Aufschwung und die Binnennachfrage. Gleichzeitig verweigern Bund und Kommunen ihren Beschäftigten, daran ordentlich teilzuhaben. Die Beschäftigten brauchen aber letztendlich nur eins: Mehr in der Tasche.

Und das heißt auch Schäubles Lohndumping-Versuche müssen gestoppt werden. Die angebotenen fünf Prozent mehr Lohn würden durch Arbeitszeitverlängerung, Preissteigerung und Produktivitätsentwicklung mehr als aufgezehrt. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz ist gefordert, Schäubles Missbrauch der Tarifpolitik zum Lohndumping zu beenden.

Der öffentliche Dienst galt lange Zeit als Vorreiter für gute Arbeitsbedingungen und eine Beteiligung der Arbeitnehmer am steigenden Wohlstand. Heute bildet er in vielen Bereichen dank Schäuble und Co. das Schlusslicht.

Die SPD redet gerne von „Guter Arbeit“. Jetzt kann sie zeigen, wie ernst es ihr damit ist.

Der Bus fuhr nicht, die Kita war geschlossen und der Müll wurde nicht abgeholt. Viele Menschen waren von den Streiks betroffen. Aber auch für sie ist es wichtig, dass diese Tarifrunde erfolgreich ausging. Dann werden gute Abschlüsse auch in anderen Tarifbereichen leichter. Auch Rentner und Rentnerinnen müssen wissen: Die Rentenerhöhung 2009 hängt von einer möglichst starken Lohnerhöhung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit ab.

DIE LINKE ruft deshalb alle auf: Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst. Beteiligt euch an den Kundgebungen von ver.di!

Stephan Wende, Vorsitzender DIE LINKE Oder-Spree, verdi.-Mitglied

Mindestlohn und Arbeitsmarkt kein Thema für Große Koalition

Nicht die Große Koalition sondern die ungewöhnlich milde Witterung hat im Februar den Arbeitmarkt unterstützt. Statt des saisonüblichen Anstiegs ist die Zahl der Arbeitslosen im Februar leicht zurückgegangen. Mehr als 3,6 Millionen Arbeitslose sind aber nach wie vor eine inakzeptable Größe und müssten für die Bundesregierung Handlungsauftrag sein. Doch statt aktiver Arbeitsmarktpolitik legt die Große Koalition die Hände in den Schoß. Auf der Klausurberatung der Koalitionsfraktionen waren Mindestlohn und Arbeitsmarkt offenbar kein Thema.

Nicht verändert hat sich im Februar das seit Jahren bestehende Ost-West-Gefälle. In den neuen Bundesländern ist die Arbeitslosenquote mit 14,8 Prozent erneut mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern mit 7 Prozent.

So lange die großen Unternehmen bei Renditezahlen von 20 und mehr Prozent weiter auf Arbeitsplatzabbau, Niedriglöhne und Leiharbeit setzen, ist der gesetzliche Mindestlohn ein notwendiges politisches Instrument. Die SPD ist beim gesetzlichen Mindestlohn kaum ein Schrittchen weiter gekommen. Statt endlich den Mindestlohn im Bundestag zur Abstimmung zu stellen, bleibt es bei halbherzigen Versuchen und hilflosen Appellen des Arbeitsministers. Die CDU bleibt bei ihrer Blockadehaltung.

Jüngstes Beispiel ist die Zeitarbeitsbranche. Generalsekretär Pofalla hatte bekräftigt, dass es mit der CDU keinen einheitlichen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche geben werde. Nicht etwa, weil der hier vorgeschlagene Mindestlohn mit 7,31 Euro West und 6,36 Euro Ost die Beschäftigten in Ostdeutschland erneut als Menschen 2. Klasse diskriminiert, sondern weil er die derzeitigen Löhne für ausreichend hält.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einem gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8 Euro. Nach wie vor sind vor allem Arbeitslose und prekär Beschäftigte vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt. Nach wie vor ist die Sockelarbeitslosigkeit hoch, sagt die Vermittlungsquote nichts über prekäre Arbeitsverhältnisse.

Lothar Bisky , MdB
Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Linke aus Ost und West im Erfahrungsaustausch in Storkow

Das LINKE Kommunal-Wahlprogramm für den Oder-Spree-Kreis entsteht

Mit Grüßen aus Bremen begann am 29. März im Friedensdorf in Storkow die Delegiertenkonferenz der LINKEN aus Oder-Spree zu den Schwerpunkten ihres Kommunalwahlprogramms.

Inga Nitz, Mitglied der Bremer Bürgerschaft und des Parteivorstandes der LINKEN, bedankte sich für die Wahlkampf-Unterstützung der Genossen aus Brandenburg und versprach, dass sich die Bremer Genossen revanchieren werden. Stolz berichtet sie, dass die sieben LINKEN in der Bürgerschaft der Hansestadt die ersten in einem westdeutschen Bundesland waren. „Nachdem wir uns zusammengerauft haben, versuchen wir nun, soziale Politik im Interesse der Bremer Bürger zu machen. Was früher undenkbar war, jetzt werden wir in Medien, Universitäten, Gewerkschaften und Vereinen gehört und ernst genommen. Uns fordern die Bürger nicht nur auf dem sozialen Gebiet, sondern auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir haben gemeinsam mit unseren Wählern 42 Alternativen zum Landeshaushalt erarbeitet und in die Parlamentsberatung eingebracht. Wir denken, es ist an der Zeit, den Sparkurs der letzten Jahre zu beenden und endlich in die soziale Substanz der Stadt zu investieren. Ansonsten können wir die sich verstärkenden Armutsprozesse und die zunehmende soziale Spaltung nicht aufhalten. Für Soziales, Bildung, Kultur und Beschäftigung brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Geld. Wir haben Thesen zur Haushalts- und Finanzpolitik erarbeitet, die ich Euch gern zur Verfügung stelle“, sagte Inga Nitz und die Zuhörer griffen zu.

v.l.: Peer Jürgens (MdL, Erkner), Inga Nitz (Mitglied der Bremer Bürgerschaft und des Parteivorstandes der LINKEN) und Stephan Wende (Vorsitzender der LINKEN im LOS)

Nun ist der Landkreis Oder-Spree nur bedingt mit der Großstadt Bremen, einem Stadtstaat, zu vergleichen, aber die Ziele im Wahlprogramm der LINKEN haben viele Gemeinsamkeiten. Drei Arbeitsgruppen, neudeutsch Workshops genannt, formulierten sie für den Landkreis – siehe Kasten rechts.

Dr. Elvira Strauß, Erkner, stellv. Vorsitzende der LINKEN im LOS

Inga Nitz im Gespräch mit Frank Dochan, Storkow

Das Plenum im Beratungssaal im Storkower Friedensdorf

Fotos: Dr. Elvira Strauß

DIE LINKE Oder-Spree setzt sich ein für

- den Erhalt des noch verbliebenen kommunalen Eigentums, um die öffentliche Daseinsfürsorge für unsere Einwohner zu gewährleisten. Bereits privatisierte und teilprivatisierte Betriebe müssen in Hoheit des Kreises zurückgeführt werden, wie zum Beispiel der öffentliche Personennahverkehr.
- die volle Nutzung aller Arbeitsmarkt-Förderungsinstrumente, die Menschen in eine Beschäftigung bringen, von der sie leben können. Die circa 26 Millionen Euro, die der Kreis zur Eingliederung bekommt, sollen demokratisch kontrolliert und sinnvoll eingesetzt werden. Das meiste Geld darf nicht in 1-Euro-Jobs fließen. Das neue Förderprogramm „Kommunal-Kombi“ muss sofort umgesetzt werden, um die theoretisch 1200 möglichen Arbeitsplätze für Arbeitslosengeld-II-Empfänger auch wirklich zu schaffen.
- einen gesetzlichen Mindestlohn und eine tarifgerechte Bezahlung besonders bei öffentlichen Aufträgen.
- die Entwicklung des ländlichen Raums, für den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe, für lokale Kreisläufe, für die Erhaltung der Natur und Umwelt. Landwirtschaft und Tourismus sollen Wirtschaftsfaktor in der Region werden.
- eine vernünftige regionale Struktur, die keine Dörfer ins Abseits schickt, die ein reges Dorfleben, kurze Wege zu Schulen, Ärzten, kulturellen und Verwaltungseinrichtungen ermöglicht.
- eine Kita- und Schullandschaft, die jedem Kind den Zugang zu Förderung und Bildung gewährt, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Kleine Klassen und Schulen sollen unterstützt, Schülerverkehr und Gemeinschaftsverpflegung sollen kostenlos bzw. kostengünstig gestaltet werden.
- einen solidarischen, menschenwürdigen und gleichberechtigten Umgang aller Einwohner des Kreises miteinander, der Rechtsextremismus, Rassismus und Gewaltverherrlichung keine Chance bietet.

Haushaltsdebatte im Kreistag des Landkreises Oder-Spree am 2. April 2008:

Von der SPD versprochene „Hinwendung zu mehr Sozialpolitik“ ist nur Schall und Rauch

Auf der letzten Kreistagssitzung hatten die Abgeordneten über ein wahres Wunderwerk zu befinden – über einen ausgeglichenen Haushalt. Noch vor wenigen Monaten wurden Abgeordnete wie Bürger des Landkreises über Millionen Fehlbeträge im neuen Haushalt informiert. Aber dank der Doppik (doppelte Buchführung) und der ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten sowie dank erhöhter Erträge aus Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage und dem immer in diesem Zusammenhang zitierten wirtschaftlichen Aufschwung konnte dieses Wunder geschehen.

Nun wird aber auch von den Regierenden in diesem Zusammenhang immer wieder gern davon gesprochen, dass die Ergebnisse des wirtschaftlichen Aufschwungs auch „unten“ ankommen müssen. Und da wir der Meinung waren (und sind), dass das bei uns leider noch nicht so ist, wollten wir ein wenig nachhelfen. So machte sich also unsere Fraktion auf den bekannt schwierigen Weg, um wenigstens in den Zeiten des so genannten Aufschwungs einige Erleichterungen für die Ärmsten unserer Gesellschaft über Änderungsanträge zum vorgelegten Haushaltsplan auf den Weg zu bringen:

1. die Kosten für die Schülerbeförderung auszusetzen,
2. Kindern und Jugendlichen aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften eine kostenlose Teilnahme an der Essenversorgung in KITA und Schulen des Landkreises zu ermöglichen und
3. einen besonderen Zuschuss für die Schaffung von Stellen im Programm „Kommunal-Kombi“ in Gemeinden ohne ausgeglichenen Haushalt zu gewähren.

Die Änderungsanträge 4 und 5 betrafen Vorschläge zur Gegenfinanzierung durch Streichen bestimmter, unserer Ansicht nach nicht notwendiger Positionen aus dem Haushaltsplan.

Dr. Artur Pech hob einleitend zur Haushaltsdebatte die grundsätzlichen Positionen der LINKEN zu den mit Änderungsanträgen untersetzten brennenden sozialen Probleme hervor und forderte die Abgeordneten auf, angesichts der deutlichen Verbesserung der finanziellen Situation des Landkreises dafür zu stimmen, dass auch der soziale Bereich Anteil an dieser positiven Entwicklung nehmen kann.

Es kam auf unseren Antrag hin zur namentlichen Abstimmung bei den Änderungsanträgen 1 und 3 (kostenlose Schülerbeförderung und Zuschuss zum Kommunal-Kombi-Programm). Das Ergebnis, trotz der großartigen Sonntagsreden von SPD und zuletzt auch CDU in den Medien wie „Ein Gerechtigkeitspaket muss her“, „SPD schlägt Sozialpaket vor“.

Wird es konkret, dann kneifen sie, dann sagen sie alle NEIN! (siehe Marginalspalte links) Wie sagte Artur Pech am Rande der Sitzung schon ein wenig resigniert?

„Es ist wie immer!“ Nichts hat sich geändert – nicht der geringste Wille auch nur zur kleinsten Veränderung ist erkennbar.

Mögen es die Wähler, für die ja die bereits erwähnten „Kurskorrekturen“ mit Hinwendung zur Sozialpolitik von der SPD wenige Monate vor den Kommunalwahlen so lautstark angekündigt wurden, zur Kenntnis nehmen. Wir denken, es ist nicht die Zeit für Sonntagsreden, es ist Zeit für Taten. Wir haben unseren Beitrag geleistet – die anderen Abgeordneten des Kreistags hatten am 2. April dazu ihre konkrete Chance – sie haben sie vertan.

Helga Pickart, Mitglied des Kreistages Oder-Spree, Alt Golm

Abstimmungsergebnisse

Schülerbeförderung:
16 JA,
29 NEIN,
5 Enthaltung;

kostenloses Mittagessen:
14 JA,
33 NEIN,
3 Enthaltung;

Zuschuss Kommunal-Kombi:
11 JA,
35 NEIN,
4 Enthaltung

Kostenlose online Terminbörse

Dein Veranstaltungshinweis erreicht mehr als 250.000 Besucher im Monat.

Jetzt eintragen:
www.neues-deutschland.de/termine

Neues Deutschland
Druck von Links.

Nichts Neues aus Oder Spree

Hartz IV – die Sackgasse

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger spüren dies im eigenen Leben. Erhält man erst einmal Arbeitslosengeld II, ist der Weg zu einer Arbeit, die das menschenwürdige Leben sichert, fast geschlossen. Auch die Arbeitsmarktstrategie 2008 des Landkreises Oder-Spree zeigt keine Lösung für diese Situation.

Seit 1. Januar 2005 liegt die Verantwortung für die Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze auf dem Kreistisch. Das Amt für Grundsicherung und Beschäftigung (Amt 55) legte kürzlich die Arbeitsmarktstrategie für das Jahr 2008 vor. Unser Fazit: Das wichtigste Ziel – die Beendigung und Verringerung der Hilfebedürftigkeit durch Fördern und Fordern – ist auch nach drei Jahren nicht realisiert. Es gibt nach wie vor Langzeitarbeitslosigkeit – damit Armut und Hilfsbedürftigkeit. Schlimmer noch, es gibt Menschen, die einen Vollzeitjob haben und trotzdem zusätzlich sich um Arbeitslosengeld bemühen müssen. Die Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung durch den Kreis sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wie auch in den vorherigen Jahren stellt das Amt 55 fest, dass Planung der Eingliederungsleistungen für das Jahr 2008 zum Jahresbeginn schwierig ist. Mittlerweile ist wenigstens die Höhe des Eingliederungstitels bekannt. Der Haushaltansatz für das Jahr 2008 beläuft sich auf 26 179 640 Euro. Das ist eine reale Steigerung gegenüber dem Budget 2007 um 3 091 640 Euro. Die Vorjahre lehrten uns, einmal gemacht Finanzzusagen können Land und Bund durchaus im Laufe des Haushaltsjahres nach unten korrigieren. Sicher ist also nichts. Außer, dass konjunkturelle Schwankungen der Wirtschaft im Kapitalismus gesetzmäßig sind. Zahlreiche Prognosen für Ostbrandenburg 2008 deuten tatsächlich auf eine Abkühlung der Konjunktur hin, so dass bei den Arbeitslosenzahlen nur mit einer moderateren Reduzierung bzw. Stagnation gerechnet werden muss.

Das Amt für Grundsicherung und Beschäftigung stützt seine Strategie für 2008 auf eine sehr interessante Analyse. Der seit 2000 anhaltende Trend des Rückganges der Bevölkerung setzte sich auch im Jahr 2007 fort. Kennzeichnend sind nach wie vor starke Unterschiede im Kreisgebiet. So ist der sogenannte Speckgürtel um Berlin sehr gut erschlossen. Er hat eine relativ hohe Unternehmensdichte. Der südliche und östliche Teil des Landkreises hingegen ist nicht ausreichend angebunden und bietet kaum Arbeitsgelegenheiten.

Wirtschaftlich wird die Region besonders durch die größeren Städte Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde dominiert. Gemeinsam mit Frankfurt (Oder) wurden sie von der Politik zu Wachstumskernen erklärt. Im Jahr 2007 profitierte der Landkreis Oder-Spree von einigen größeren Unternehmensansiedlungen. Dazu zählten das Solarunternehmen Conergy AG Deutschland, First Solar, Odersun sowie die Elektronikfirma Yamaichi in Frankfurt (Oder). Geplant sind außerdem weitere Ansiedlungen. Auch die Erweiterungen des Stahlgiganten ArcelorMittall Eisenhüttenstadt GmbH sowie der Firma Reuter GmbH bewirkten 2007 mittelfristig einen stärkeren Fachkräftebedarf.

Trotz der angeblich so positiven Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen ist anzumerken, dass die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nur geringfügig abnahm. Der oberflächliche Blick auf die Arbeitslosenzahlen täuscht über die Probleme hinweg. Viele Menschen sind froh, überhaupt eine

Arbeit zu haben, müssen aber, um leben zu können, ergänzende Sozialleistungen beantragen. Ursache für diese Entwicklung ist vor allem das geringe Lohnniveau auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Wie reagiert der Landkreis? Eigentlich gibt es nichts Neues zu berichten. Es wird verwaltet wie immer. Geplant ist lediglich Fördermittel, die von Land und Bund dem Kreis übergeben wurden, zu verteilen. Die meisten Arbeitsstellen, die das Amt fördert, werden mit 1,50 Euro vergütet. Arbeit, von der man leben kann, vor allem auf dem ersten Arbeitsmarkt, wird auch im Jahr 2008 nicht oder kaum vom Amt für Grundsicherung und Beschäftigung unterstützt.

Die Übersicht zeigt dass im Jahr 2008 nur rund ein Drittel aller mehr als 30 000 Betroffenen Aussicht auf Förderung hat.

Dr. Elvira Strauß, Erkner, stellv. Vorsitzende DIE LINKE LOS

geplante, neu zu fördernde Teilnehmer/Plätze 2008

arbeitsmarktpolitisches Ziel	*Instrumente*	*Teilnehmer/ Plätze*
Arbeitsförderinstrumente 1. Arbeitsmarkt und Ausbildungsförderung	Eingliederungszuschüsse	1 000
	Einstiegsgeld	90
	Einstiegsqualifizierung	50
	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	65
	sonstige weitere Leistungen – Einzelförderung	190
Arbeitsförderinstrumente 2. Arbeitsmarkt	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	5
	Arbeitsgelegenheiten in Entgeltvariante	510
	Arbeitsgelegenheiten in Mehraufwandsvariante	3 700
	Beschäftigungszuschuss	350
weitere arbeitsmarktpolitische Instrumente	Förderung der beruflichen Weiterbildung, davon in einem anerkannten Ausbildungsberuf	230 50
	Trainingsmaßnahmen	3 500
	Vermittlungsgutscheine	600

■ 2007 zählte LOS 188 858 Einwohner, 1 376 weniger als 2006.
■ Ende 2006 gab es im LOS 48 730 sozialversicherungspflichtige beschäftigte Arbeitnehmer = 2,6 % mehr als 2005, Frauenanteil: 47,2 %. 2004 gab es noch 69 000 Erwerbstätige.
■ 12/2007: 13 288 ALG-I-Empfänger im LOS, Arbeitslosenquote 13,1 %.
■ LOS-Amt 55 betreute 12/2007 18 441 ALG-II-Empfänger.
■ ALG-II-Bedarfsgemeinschaften sanken 12/2007 gegenüber 12/2006 um 657 auf 13 168 – unter 25-jährige Arbeitslose wurden bei ihren Eltern „eingesperrt" und bilden nur selten eine eigene Bedarfsgemeinschaft.
■ 12/2007 gab es im LOS 5 484 Sozialgeldempfänger (Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht 3 Stunden pro Tag arbeiten können)
■ 12/2007 waren 9 477 Hilfeempfänger arbeitslos gemeldet = 9,5 % Arbeitslosenquote (SGB II). Laut Pendleranalyse gab es im LOS 2005 nur für 78 % der Erwerbstätigen Arbeitsplätze – Tendenz abnehmend.

Quelle:
Landkreis Oder-Spree: Zahlen und Fakten. Statistischer Zahlenspiegel aktuell vorliegender Zahlen und Ergebnisse. Ausgabe 2/2007 und Arbeitsmarktstrategie 2008

oben: Erinnerung an 3 PDS-Plakate aus dem Jahr 2003

unten: Logo der von der PDS ausgearbeiteten „Agenda sozial“

Agenda sozial PDS

Auch DIE LINKE fordert – Volksabstimmung über die Rente ab 67

Fünf Jahre Agenda 2010

Agenda 2010 – das bedeutete auf der einen Seite für die Reichen enorme Steuergeschenke und auf der anderen Seite für Patienten die Praxisgebühr, für viele Beschäftigte die Ausweitung von schlecht bezahlten Minijobs und für Millionen von Erwerbslosen Repressionen und Armut per Gesetz.

Vorbereitet wurde Hartz IV, das Herzstück der Agenda 2010, mit dem Schröder-Ausspruch: „Es gibt kein Recht auf Faulheit!“ Dieser Drückebergerdiskurs erfreut sich bei neoliberalen Politikern nach wie vor großer Beliebtheit. Nur zu oft werden Sozialkürzungen durch eine Hetzkampagne gegen angebliche Sozialschmarotzer vorbereitet.

Dieses Vorgehen wird auch von einigen Sozialdemokraten gepflegt. So warb 2006 der damalige Sozialminister Franz Müntefering für die Verschärfung von Hartz IV mit dem Ausspruch: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Damit werden Erwerbslose, die schon unter Armut und erzwungener Erwerbslosigkeit leiden, auch noch beleidigt.

Die Agenda 2010 führte die SPD in eine große Krise und in der Gesellschaft zu Sozialprotesten von ungeahntem Ausmaß. Dies bereitete den Boden für die Gründung der LINKEN. Fünf Jahre später sind die zentralen Punkte der Agenda 2010 immer noch wirksam. Deshalb fühlt sich DIE LINKE dem Kampf gegen die Agenda 2010 weiter verpflichtet.

Das bedeutet, sich engagiert jeder Stimmungsmache gegen Erwerbslose entgegenzustellen, sich für die Abschaffung des Sanktionssystems Hartz IV einzusetzen und für das Leitbild eines demokratischen Sozialstaates zu werben.

Das bedeutet auch mit der Rentenpolitik nach Gutsherrenart der Bundesregierung aufzuhören. Passend zum 5. Jahrestag der Agenda 2010 kündigt die Bundesregierung ja an, einen Teil der beschlossenen Rentenkürzungen zeitweise auszusetzen. Symbolischer könnte eine sozialpolitische Bankrotterklärung nicht ausfallen.

Natürlich begrüßen wir jeden Schritt, der zu einer höheren Rentenanpassung führt. Aber auch 1,1 Prozent Rentenerhöhung sind zu wenig. Allein in den letzten 12 Monaten sind die Preise um 2,8 Prozent gestiegen.

Rentenpolitik nach Gutsherrenart

Auch die jetzt offenbar geplante Erhöhung läuft auf eine reale Rentenkürzung von fast 2 Prozent hinaus. Dazu kommt ab Juli noch die Belastung durch 0,25 Prozent Pflegebeitrag, die die Rentner alleine tragen müssen. Wir LINKEN bleiben dabei: Die Bundesregierung betreibt Rentenpolitik nach Gutsherrenart. Erst zertrümmert sie die Rentenformel und raubt den Menschen die Aussicht auf ein gesichertes Alter. Und jetzt wird die Rücknahme eines Teils der Kürzung als Gnadenakt stilisiert. Über ein wenig mehr Rente werden sich die Rentner freuen. Aber das Vertrauen in die Rentenpolitik der Agenda-Parteien dürfte für die meisten dahin sein.

Wir fordern dagegen eine Rentenformel, bei der die Renten wieder mit den Löhnen steigen. Das ist sozial und bezahlbar.

Und auch die Rente mit 67 gehört abgeschafft! Den die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist unmenschlich. Ein Großteil der Beschäftigten schafft kaum die 65. Und wenn man nicht bis 67 durchhält, führt das zu einer Rentenkürzung um 7,2 Prozent.

Die Gewerkschaften und DIE LINKE haben im Vorfeld erheblichen Widerstand geleistet. Über 300 000 Kolleginnen und Kollegen haben während der Arbeitszeit protestiert, faktisch ein politischer Streik. Der Druck reichte nicht aus. Die Gewerkschaften wollen jetzt die Bundestagswahl 2009 zur Volksabstimmung über die Rente mit 67 machen.

DIE LINKE wird sich dieser Volksabstimmung stellen. Denn wir wollen die Rente mit 65! Und wir wollen bei vorzeitigen gesundheitlichen Problemen den abschlagsfreien Rentenbeginn mit 60. DIE LINKE will die Altersarmut bekämpfen – durch die Reparatur der Rentenformel, die von Riester, Schmidt und Schröder massiv beschnitten wurde. Voraussetzung für eine gute Rente ist eine gute Arbeit. Deshalb tritt DIE LINKE ein für anständige Einkommen und Arbeitsbedingungen, die einen sorgenfreien Lebensabend möglich machen.

Stephan Wende
Vorsitzender DIE LINKE im Oder-Spree-Kreis

Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!

Die Volksinitiative **„Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar“** sammelte 26 275 Unterschriften für die Behandlung im Landtag.

Der Hauptausschuss des Landtages Brandenburg gab auf seiner Beratung am 3. April 2008 ein einstimmiges Votum für die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!“ ab.

DIE LINKE beglückwünscht die Volksinitiative zu ihrem Erfolg und dankt den Akteuren für die geleistete, unermüdliche Arbeit, erklärt Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg.

DIE LINKE hat von Anbeginn das Anliegen der Volksinitiative aktiv unterstützt. Sie hält deren Anliegen für berechtigt und die vorgeschlagene Änderung des § 112 im Brandenburgischen Schulgesetz für dringend notwendig. DIE LINKE sieht darin einen ersten Schritt zu einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, dem eigentlichen Ziel der LINKEN.

Mit der Änderung des § 112 ergibt sich aus Sicht der LINKEN für die Landesregierung die Notwendigkeit, die Landkreise finanziell zu unterstützen, so dass diese in die Lage versetzt werden, nicht zwingend Elternbeiträge erheben zu müssen. Dabei muss der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Landesteilen Rechnung getragen werden, um einen möglichst chancengleichen Zugang zu Bildung zu schaffen, wie ihn die Verfassung vorschreibt.

www.dielinke-brandenburg.de

Ein besonderer Geburtstag eines besonderen Fürstenwalder Genossen

1908–2008 – Dr. Grigor Wassilew ist 100 Jahre alt

Ende Januar 2008 feierte der in Fürstenwalde und Umgebung bekannte und beliebte Dr. Grigor Wassilew seinen 100. Geburtstag. Gemeinsam mit Erhard Heinrich von der AG Senioren und Werner Besterda von seiner ehemaligen Basisorganisation gratulierten wir unserem Genossen Grigor herzlich. An Veranstaltungen der AG Senioren noch immer teilnehmend, erlebten wir wie immer einen optimistischen und lebensfrohen Menschen.

Grigor Wassilew wurde am 25.01.1908 in einem Dorf in Bulgarien geboren. Seine Eltern waren Bauern, die alles zum Leben Notwendige selber herstellten. Es war der Traum der Großmutter, die sich mit Heilkräutern auskannte und bei Geburten half, dass ihr Enkelsohn Arzt werden sollte. Grigor war wissbegierig, ging sogar auf das Progymnasium und wurde anschließend in den 20er Jahren Lehrer und Schuldirektor. Allerdings wurde er 1934 aus dem Schuldienst entlassen, weil er in das bulgarische Parlament gewählt wurde. Er ging nach Ungarn, immatrikulierte sich 1935 als Medizinstudent und erhielt 1941 sein Doktordiplom. In Bulgarien zurückgekehrt und als Arzt tätig, half er einem Kommunisten und seiner Familie und brachte sie bei sich unter, dann aber auch gemeinsam mit ihnen verhaftet und anschließend interniert. 1944 befreite die Sowjetarmee Dr. Wassilew und seine Familie. Nach dem Neuanfang übernahm Grigor wichtige Aufgaben im Gesundheitswesen, absolvierte zwei Facharztausbildungen und lehrte als Dozent in Sofia.

1960 suchte die DDR dringend Ersatz für nach den Westen gegangene Ärzte und Grigor zog für fünf Jahre in die DDR. Erst wirkte er in Haldensleben, dann als Chefarzt in Nordhausen. In Bulgarien arbeitete er dann noch drei Jahre als Krankenhausleiter und wäre im Rentenalter gewesen, doch weil er sich noch nicht zur Ruhe setzen wollte, kehrte er in die DDR zurück, wo er 1969 nach Fürstenwalde kam. Dort baute er als Chefarzt die Abteilung für Neurologie und Psychiatrie auf. Mit 82 Jahren hörte Grigor 1990 auf, zu praktizieren, aber nicht ehrenamtlich aktiv zu sein.

Wir wünschen unserem Genossen Grigor Wassilew viel Gesundheit und Freude am Leben mit seiner Frau Ingeborg.

Stefan Sarrach, MdL, Vorsitzender DIE LINKE Fürstenwalde

Linksjugend [´solid] Fürstenwalde mischt Thor Steinar-Laden auf

Naziklamotten stinken

linksjugend ['solid]

Am 25. März führte die Fürstenwalder Linksjugend [`solid] eine groß angelegte Flyerverteilaktion durch. Als Verstärkung kamen Freunde vom Landesarbeitskreis Antifa in unserem verbandseigenen Einsatzfahrzeug, der kleinen roten „Emmi“ Feuerwehr nach Fürstenwalde.

Sinn dieser Verteilaktion war es, die Öffentlichkeit über den Verkauf der Marke Thor Steinar im Fürstenwalder Laden „British Corner“ in der Eisenbahnstraße zu informieren und zum Boykott des Ladens aufzurufen. Die Sicherheit, dass „British Corner“ ein rechtsextremes Klientel bevorzugt, hatten wir, nachdem wir in einem Brief, zur Stellungnahme zum Verkauf der Marke Thor Steinar aufforderten und bei Nichtbeantwortung eindringlich auf Konsequenten hinweißten.

Die Aktion wurde nachmittags durchgeführt und stieß auf großes Interesse und Entsetzen gegenüber der Tatsache, dass neonazistische Kleidung in Fürstenwalde zum Verkauf angeboten wird. Unsere rote „Emmi“ zog, in Begleitung zum Thema passender Musik, begeisterte Blicke auf sich und somit kamen viele FürstenwalderInnen, um sich über unsere Aktion zu informieren. Spontan schlossen sich uns einige Jugendliche an, um beim Verteilen zu helfen. Es kamen angeregte Gespräche mit den FürstenwalderInnen zu Stande und bereits nach einer halben Stunde waren viele Flyer verteilt.

Die Verkäuferin im Laden begann einen regelrechten Telefonmarathon, nachdem wir sie über unsere Absichten informierten. Nach etwa einer dreiviertel Stunde machte sie ihre Drohung „Ihr werdet schon sehen was ihr davon habt“ wahr, indem sie die Polizei anrief, die in zwei Einsatzwagen ankam. Wir mussten unser frohes Verteilen unterbrechen und zum örtlichen Bahnhof verlegen, da wir einen unbegründeten Platzverweis für den Umkreis von 200 Metern um den Laden erhielten.

Am Ende dieses anstrengenden Tages waren alle Flyer verteilt und wir sehr erfreut über die positiven Reaktionen der FürstenwalderInnen.

Erste Erfolge unserer Aktion sind bereits zu sehen, da alle Schilder und Sonderangebotshinweise für die Marke Thor Steinar aus dem Fenster des „British Corner“ entfernt wurden. Der lokale Sender „Oskar TV“ nahm kurz nach unserer Aktion Kontakt auf, um ein Interview mit dem Mitglied der Linksjugendjugend [`solid] Fürstenwalde Sebastian zu führen, das in einen ausführlichen Bericht über die Aktivitäten Thor Steinars in Fürstenwalde eingebunden werden soll.

Dieses riesige Interesse zeigt, dass die FürstenwalderInnen kein Nazimodelabel in Fürstenwalde haben wollen, getreu nach unserem Motto:

Weg mit Thor Steinar!
Naziklamotten stinken!

Sebastian A., Linksjugendjugend [`solid] Fürstenwalde

Kontakt

linksjugend
[`solid].los
Bürgerbüro Stefan
Sarrach (MdL)

Schloßstraße 6
15517 Fürstenwalde

E-Mail:
webmaster@
solid-fuewa.de

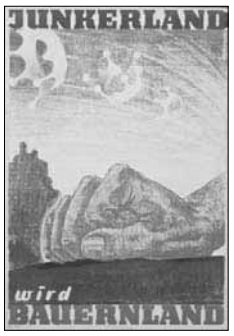
Internet:
www.
solid-fuewa.de.vu

Wer kriegt Bodenrefomland zurück?

Interview mit Ralf Christoffers, Landtagsabgeordneter der LINKEN und Vorsitzender des Finanzausschusses

Nach Bekanntwerden des BGH-Urteils zu unrechtmäßigen Grundbucheintragungen des Landes bei Bodenreformland haben Sie das Thema für die nächste Sitzung des Finanzausschusses im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt. Und damit einen Stein ins Rollen gebracht …

Ja, da das Finanzministerium für die Verwaltung von Grundstücken zuständig ist, habe ich Finanzminister Speer zur Berichterstattung eingeladen. Leider waren seine Auskünfte aus meiner Sicht nicht weitreichend genug. Schließlich behauptet der Finanzminister, dass es keine politischen Vorgaben gegeben habe, dass die Verwaltung alle Entscheidungen bis zu den Grundbucheintragungen selbst getroffen habe. Das ist zu hinterfragen.



Warum?

Nur ein Beispiel: Im Mai 2000 gab es eine so genannte Haftungsfreistellung des Landes an alle Kreise und kreisfreien Städte, bei denen die Grundbuchämter ansässig sind. Darin heißt es, dass die „Suche nach weiteren Erben" des Bodenreformlandes „entbehrlich" sei. Die Kreise waren dafür verantwortlich – wurden aber nun von der Haftung freigestellt, sollte es doch zu einem Fehler kommen. Die Entscheidung darüber soll ein Referatsleiter im Finanzministerium allein getroffen haben! Das zu glauben, fällt schwer. Dass hier die Arbeit der Verwaltung versagt hat, wie es Ministerpräsident Platzeck darstellt, mag eine Seite sein. Ich befürchte jedoch, dass hier bagatellisiert wird. Denn es ist wichtig zu erfahren, ob dahinter eine falsche Struktur steckt. Wenn ja, muss sie künftig beseitigt werden. Um das zu untersuchen, hat die LINKE am 27. Februar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert.

In der Debatte musste die LINKE sich schwere Vorwürfe von SPD und CDU anhören. Dennoch wurde der Untersuchungsausschuss einstimmig beschlossen? Wie erklären Sie das?

Ein Untersuchungsausschuss ist ein parlamentarisches Instrument und muss eingesetzt werden, wenn mindestens 18 Abgeordnete dies beantragen. Die Fraktion der LINKEN hat 29 Abgeordnete – egal, wie alle anderen gestimmt hätten, der Untersuchungsausschuss musste also eingesetzt werden. SPD und CDU machten aber deutlich, dass sie zwar aufklären wollen – aber eben nicht durch einen Untersuchungsausschuss.

Was können die Betroffenen vom Untersuchungsausschuss erwarten?

Die Erwartungshaltung ist sehr hoch. Jeden Tag melden sich Betroffene, die in der jetzigen Situation eine Lösung ihres konkreten Problems erhoffen. Hier muss man aber eine klare Unterscheidung machen, die zutiefst ungerecht ist: Mit dem zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz von 1992 wurde nur noch jenen Erben Bodenreformland zugesprochen, die entweder Landwirtschaft betreiben oder auf dem Grund und Boden leben. Wen das so nicht betraf, der war kein so genannter „Berechtigter" – und das Grundstück fiel ohnehin an das Land. Dagegen haben viele prozessiert – und verloren. Schließlich war das Gesetz gültig. Wer gegen das Land gewonnen hat, zum Beispiel beim Betreiben von Landwirtschaft im Nebenerwerb, hat sein Land erhalten. Also: Für alle jene Menschen, für die es in der Vergangenheit eine rechtsgültige Entscheidung gab, trifft das jetzige Urteil des Bundesgerichtshofs nicht zu.

Ein anderer Sachverhalt steht hier zur Debatte: Für die Umsetzung des Vermögensrechtsänderungsgesetzes galt eine Frist bis zum 2. Oktober 2000. Bis dahin musste das Land klären, wer „Berechtigter" ist und die Grundbuchämter mussten die entsprechenden Eintragungen vornehmen. Offenbar hat das Land hier lange nicht gehandelt. Als sich das Ende der Frist näherte, nahm das Land die Grundstücke in Verwahrung, ließ formal nach Erben suchen und sich nach erfolgloser Suche ins Grundbuch eintragen. Und das sind die Punkte, um die sich der Untersuchungsausschuss kümmern kann: Wurde tatsächlich umfangreich nach Erben gesucht? Welche Entscheidungen – oder eben Fehlentscheidungen – wurden getroffen? Und auch nur diese Erben betrifft es: Die bis zum 2. Oktober 2000 nicht „ausfindig" gemacht wurden.

Aber damit ist benachteiligt, wer auf Grund des Vermögensrechtsänderungsgesetzes geklagt hat?

Ja, Gerechtigkeit wird es hier für die Betroffenen nicht geben. In der Öffentlichkeit wird zur Zeit der Eindruck erweckt, dass alles „wieder aufgerollt" wird. Das ist nicht wahr. Denn außerdem gilt: Die Betroffenen müssen sich melden, tun sie das nicht, könnten sie ihren Anspruch verlieren.

Was raten Sie Betroffenen?

Sich bei der Hotline des Landes, Tel. (03 31) 5 81 81 – 3 81/ 3 82/3 83, zu melden oder sich schriftlich an das Finanzministerium zu wenden.

aus „Offene Worte", Zeitung der LINKEN und der Kreistagsfraktion der LINKEN im Landkreis Barnim, März 2008

Schallende Ohrfeige für Landesregierung

Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur unrechtmäßigen Aneignung von Bodenreformland durch die Landesregierung

„… ist wegen Missbrauchs der verliehenen Vertretungsmacht sittenwidrig und nichtig …"

wird diese zumindest bei einem Teil des enteigneten Bodenreformlandes von ihrem harten und kompromisslosen Vorgehen gegen die Bodenreformbegünstigten wieder eingeholt.

Während viele Erben von Bodenreformland in einem bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geführten Verfahren das Nachsehen hatten, können nun Erben von Begünstigten, die erst später über ihr Erbe Kenntnis erlangten und zuteilungsfähig sind, Hoffnung auf Übertragung oder Entschädigung haben. Hier hatte sich das Land offenbar einfach ohne ausreichende Prüfung als Besitzer in die Grundbücher eintragen lassen und später die Herausgabe verweigert.

weitere Informationen unter: **www.dielinke-fraktion.brandenburg.de**

DIE LINKE definiert Anforderungen an Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Für gerechte Rundfunkgebühren

Der Landtag beschäftigt sich in seiner nächsten Sitzung am 9./10. April mit dem 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – was für ein Wortungetüm. Dahinter steht ein Prinzip, das uns alle betrifft: die Rundfunkgebühren, welche über die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eingezogen werden. Mit Hilfe dieses Staatsvertrages regeln die Länder untereinander die Finanzierung und die Gebührenerhebung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

DIE LINKE stellt Anforderungen an den 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Drucksache 4/6066)

Wie massiv Menschen von dem Staatsvertrag betroffen sind, zeigt sich seit 2005. Seitdem wurde die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht neu geregelt. Die Befreiungsvoraussetzungen und das Verfahren wurden auf die Landesrundfunkanstalten übertragen, diese wiederum übertrugen die Aufgabe an die GEZ. Diese Regelung hat zu einem hohen bürokratischen Aufwand und langen Wartezeiten bei Betroffenen geführt. Sie muss daher nach unserer Auffassung künftig wieder von den Ämtern vor Ort übernommen werden.

Doch nicht nur das Verfahren hat sich geändert – auch die Möglichkeiten zur Befreiung von der Rundfunkgebühr haben sich verändert. Die Kriterien für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht knüpfen im Einzelnen an soziale Leistungen an, wie Arbeitslosengeld II oder BAföG an und müssen mit dem Bescheid der entsprechenden Behörde nachgewiesen werden. Die Gewährung einer Befreiung ist damit unabhängig von der Höhe des Einkommens. Zwar gibt es eine sogenannte Härtefallregelung, doch bei der Beantragung einer Befreiung muss eine vergleichbare Bedürftigkeit im Einzelfall begründet werden. Das führt in der Regel zu einer Ablehnung, denn die GEZ hat nicht das Personal, um jeden Einzelfall nach den persönlichen Lebensumständen zu prüfen.

Seit einigen Jahren fordern selbst die Petitionsausschüsse der Länder, die Härtefallregelungen in dem Staatsvertrag zu ergänzen beziehungsweise die aufgeworfenen Probleme in einem neuen Gebührenmodell zu regeln. Aber die Ministerpräsidenten konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Ansatz für ein Modell einigen und verschoben die Debatte auf 2013. DIE LINKE fordert daher eine Erweiterung der Befreiungs- oder Ermäßigungstatbestände aus sozialen und Billigkeitsgründen, insbesondere für Personen mit geringen Einkommen oder in gleicher Weise benachteiligte Personen. Zu diesen benachteiligten Personen gehören unserer Meinung nach auch die Besitzer von Kleingartenlauben und Ferienwohnungen sowie die Nutzer von Internet-Programmen des Rundfunks.

DIE LINKE setzt sich deshalb sowohl für den Wegfall der Zweitgebühr als auch für die ersatzlose Streichung der so genannten PC-Gebühr ein. Das bisherige Verfahren der Rundfunkgebühr soll eine bedarfsgerechte Finanzierung sichern. Das ist nicht der Fall. Aufgrund der Verteilung der Gebührenzahler sowie der Abwanderung von Gebührenzahlern – vor allem aus dem Osten – kommt es zu erheblichen Verschiebungen. So profitiert beispielsweise der Bayrische Rundfunk von den Abwanderungen aus dem MDR-Gebiet. Der WDR erhält fast 100 Millionen Euro mehr im Jahr, als ihm zuerkannt wurde, der NDR 80 Millionen Euro. Insgesamt werden etwa 230 Millionen Euro im Jahr umverteilt, was insbesondere die kleinen Anstalten, wie z. B.

den RBB zusätzlich belasten. Darum muss der finanziellen Schieflage in den Rundfunkanstalten ein gerechter ARD-interner Finanzausgleich entgegen gesetzt werden.

Seit letztem Jahr ist im Rahmen der Gebührenerhöhung ein erheblicher Eingriff in den Datenschutz möglich. Diese Neuregelung führt zu einer weitreichenden Datenerhebung und zu einer unkontrollierbaren Zusammenführung personenbezogener Daten. DIE LINKE lehnt sie wegen der damit verbundenen ungerechtfertigten Eingriffe in das verfassungsmäßig garantierte Recht auf informelle Selbstbestimmung ab.

Es gibt in dem komplizierten Bereich Rundfunkstaatsvertrag zahlreichen Verbesserungsbedarf. Dringend nötig sind aber aus unserer Sicht die Änderungen für eine sozial gerechte Rundfunkgebühr.

Peer Jürgens
MdL, Erkner
www.peer-juergens.de

GEZ

Öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaften finanzieren sich weltweit vor allem durch die Rundfunkgebühr, die als hoheitliche Abgabe von Betreibern entsprechender Empfangsgeräte, erhoben werden. Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der BRD (GEZ) ist die gemeinsame Gebühren- und Teilnehmerverwaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit Sitz in Köln. Sie zieht die im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag festgesetzten Rundfunkgebühren für Rundfunkempfangsgeräte (Radios, Fernseher, neuartige Rundfunkempfangsgeräte) von den Rundfunkteilnehmern ein.
Quelle: http://de.wikipedia.org

Wohngelderhöhung 2009 endlich auf dem Weg

DIE LINKE setzt sich seit langem für die Änderung des Wohngeldgesetzes und Erhöhung des Wohngeldes ein – siehe **www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1732186280**. Die letzte Änderung war 2001. Die Mieten sind dem um durchschnittlich 10 Prozent, die Heizkosten um etwa 50 Prozent gestiegen. DIELINKE setzt sich seit langem auf den unterschiedlichsten parlamentarischen Ebenen gemeinsam mit dem Mieterbund und dem Gesamtverband der Wohnungswirtschaft u. a. für diese überfällige Reform ein. Auf der Sonderbauministerkonferenz am 14. März in Berlin beschlossen die Bauminister der Länder, diese Reform zu unterstützen und an deren zügiger Umsetzung mitzuwirken. Dies ist bedeutsam, weil die Länder 50 Prozent der anfallenden Kosten übernehmen werden. Die Reform soll ab dem 1. 1. 2009 wirksam werden. Bundesweit profitieren etwa 850 000 Haushalte davon, besonders die strukturschwachen Gebiete in Ostdeutschland, denn hier ist der Anteil der Wohngeld empfangenden Haushalte fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Nach Informationen des Bundesbauministers wird das Wohngeld um etwa zwei Drittel steigen.

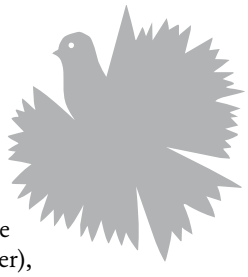
Die Arbeit der Linken auch aus der Opposition heraus hat sich gelohnt. Links wirkt!

Helga Böhnisch
MdL, Eisenhüttenstadt,
www.helga-boehnisch.de

Veranstaltungen (Auswahl)

- 23.4., Fürstenwalde, Kulturfabrik
  Klubnachmittag der AG Senioren mit der Stadtfraktion: Rückblick und Ausblick
- 24.4., 19 Uhr, Beeskow, Stadtbibliothek „Kupferschmiede"; Podiumsdiskussion „Anforderungen an eine ökologische und ökonomische Landwirtschaftspolitik - gestern, heute und für die Zukunft" Podiumsdiskussion mit Prof. Rübesam (ehem. Präsident d. Akademie d. Landw.-Wissensch.) u. Bernhard Groß, Vors. des Kreisbauernverbandes LOS

1. Mai 2008 imLOS



- **Beeskow, Spreepark,**
  10–16.30 Uhr; gemeinsam mit Gewerkschaften, BRH Beeskow, GefAS und Beeskower Friedensinitiative. Programm u.a. Blaskapelle Ziltendorf, „Die Oderhähne" aus Frankfurt (Oder), Singegruppe „Ernesto Che Guevara" aus Dresden, Tanzgruppe „Schlaubegetümmel" aus Mixdorf und die „Rattle Storks Oldtime Jazzband" aus Storkow
- **Eisenhüttenstadt, Frühlingsfest auf der Insel**
  14–17 Uhr (vor dem Inselbad)
  Motto: **WAS TUN für Eisenhüttenstadt**
  Abgeordnetengespräche; Infostand; Kinderunterhaltung mit Freddi und Peppi, Hüpfburg, Bastel- und Malstraße des Beeskower Frauenladens, Ponyreiten
- **Fürstenwalde, Mühlenstraße** (zw. Tuchmacher-/Kehrwiederstr. und Rathaus-/Domstr.), 9.30–13 Uhr
  Linkes Familienfest für Jung und Alt
  Begrüßung durch Stefan Sarrach, MdL, Vorsitzender „DIE LINKE" Fürstenwalde; Tanzgruppe „Ju-ge-ta", Tempelberg, Mairede von Gerlinde Stobrawa, Vizepräsidentin des Landtages, Bürgermeisterin Bad Saarow; Singegruppe „Che Guevara", Dresden; Stephan & Stefan (Wende & Sarrach) im Gespräch; Dudellumpis Kinderprogramm; Kandidaten zur Kommunalwahl im Gespräch, moderiert von Stephan Wende; Schülerband „The District", Fürstenwalde
- **Schöneiche, Kulturgießerei,** An der Reihe
  12–21 Uhr; Skatturnier; Daniela Dahn: Wie sich dem Zeitgeist widersetzen? (Buchlesung, 14 Uhr), Klesmerkonzert; Öffentlicher Ratschlag der Vereine: Wie können wir Schöneiche noch schöner gestalten; Heinrich Zille zum 150. Geburtstag: „Meine Bilder sind zum Weinen und nicht zum Lachen gemacht."; clover: Irish Folk & Celtic Rock (19 Uhr)
- **Woltersdorf, Maiwiese**, 13–16 Uhr
  Bundespolitik im Gespräch mit Dr. Gesine Lötzsch, MdB; „La Mula" – ein Fest „a la chilena" (8 Musiker aus Deutschland, Chile, Armenien und Israel); Auszüge aus Kabarett „RETOR RELDA" mit Peer Jürgens, MdL, Erkner

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*

geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im März/April 2008

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 15.4., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Rechnungsprüfungsausschuss	21.4.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Werksausschuss KWU	23.4.,	18.00 Uhr, Fürstenwalde, KWU Karl-Marx-Str. 11/12
Ausschuss f. Recht, Ordnung, und Landwirtschaft	24.4.,	17.30 Uhr, Polizeischutzbereich August-Bebelstr. 63, 15517 Fürstenwalde
Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen	7.5.,	17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Jugendhilfeausschuss	8.5.,	17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Haushalts- und Finanzausschuss	19.5.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport	20.5.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Werksausschuss KWU	22.5.,	18.00 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp* entnehmen.

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im April

60. Ingrid Acksel, Brieskow-Finkenherd
    Birgit Faehse, Schöneiche
    Gerold Sachse, Fürstenwalde
70. Siegfried Groß, Erkner
    Eberhard Trätner, Storkow
80. Waltraud Brottke, Eisenhüttenstadt
    Werner Hostettler, Fürstenwalde
    Ruth Just, Beeskow
    Carola Mensch, Eisenhüttenstadt
82. Helga Buchholz, Bad Saarow
83. Gerhard Zimmermann, Eisenhüttenstadt.
84. Günter Streudel, Eisenhüttenstadt
86. Paul Müller, Eisenhüttenstadt
87. Franz Schwartz, Eisenhüttenstadt
    Hans-Joachim Laabs, Schöneiche
88. Paul Schultz, Fürstenwalde
    Reinhold Liesegang, Lebbin
92. Theodor Goldschmidt, Eisenhüttenstadt
94. Paul Neumann, Schöneiche

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH" im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth-@t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden
„WIDERSPRUCH" wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH" auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Dietrich Kittner: Volkswille im Eimer

Wenn meine Frau und ich unser unveräußerliches höchstes Staatsbürgerrecht, die Stimmabgabe, wahrnehmen, tun wir dieser Ehrenpflicht berufsbedingt meist über das Institut der Briefwahl Genüge. Diesmal jedoch waren wir am Tag der Landtagswahl daheim. So machten wir uns wohlversehen mit Wählerbenachrichtigung sowie Personalausweis frohgestimmt und sonntäglich gewandet trotz widriger Witterung auf den Weg zum Wahllokal.

Dort war es wie immer: Die Wahlhelfer saßen an einem langen Tisch, begrüßten uns freundlich, händigten uns die Stimmzettel aus, und wir durften, durch ein paar Pappen vor neugierigen Blicken geschützt, unsere Kreuzchen machen. Erfreulicherweise fand sich dort auch ein Bleistift. Die bereits öffentlich vorgestellten und ursprünglich erstmals zum Einsatz bei der Hamburger Bürgerschaftswahl vorgesehenen Digitalstifte mit eingebauter Minikamera gab es noch nicht. Man hat sie nach Wählerprotesten zurückgezogen. Einstweilen. Erst beim nächsten Urnengang werden sie in den Kabinen liegen. Mit aller Sicherheit: Die Behörde hat bereits dementiert.

In meiner Eigenschaft als Souverän wollte ich dann mit ordentlich gefaltetem Papier in der Hand den Hoheitsakt an der Urne selbst vollenden, suchte allerdings vergeblich nach dem vertrauten altbekannten Pappkarton. Ein Wahlhelfer, der meine verzweifelten Bemühungen verfolgt hatte, wies mich auf den großen Müllkübel hin, der da in einer Ecke stand: Dies sei die Wahlurne. Tatsächlich: In den Deckel hatte man einen Schlitz gesägt, und – wohl um Verwechslungen zu vermeiden – war die Tonne nicht grau gehalten wie für Restmüll üblich, nicht grün wie für Bio-Abfälle oder gar rot wie Problemstoffsammelbehälter, sondern gelb wie die Postkästen. (Hoffentlich hat nicht jemand versehentlich Briefe eingeworfen.) Sonst aber entsprach die Tonne exakt dem Modell, das wir alle vom Eben-mal-gerade-den-Müll-Rausbringen kennen.

Ich habe meinen Stimmzettel trotzdem dort entsorgt. Es muss jedoch ein begnadeter Amtspsychologe gewesen sein, der ausgerechnet ein solches Behältnis als Wahlurne ausgesucht hat.

Ganz unpassend war seine Wahl nun auch wieder nicht. In Frankreich beispielshalber haben die Wähler seinerzeit die ihnen vorgelegte EU-Verfassung mehrheitlich abgelehnt. Folgerichtig hat man das Werk optisch ganz leicht verändert, mit einem neuen Titel versehen und auf ein weiteres Referendum großzügig verzichtet. Wenn das verantwortungslose Volk falsch abstimmt, heißt es für die Politik eben corriger la fortune. Gespannt darf man sicher auch auf die traditionell ein wenig irritierende Stimmenauszählung bei der nächsten Präsidentschaftswahl in den USA sein, wo sich derzeit Hillary Clinton um ihre dritte Amtszeit bewirbt.

In Deutschland, das sich seit 1999 im fast ununterbrochenen Kriegszustand befindet, sind nach seriösen Umfragen über sechzig Prozent der Bevölkerung schon länger der Meinung, die Bundesregierung müsse deutsche Soldaten sofort aus Afghanistan zurückziehen. Infolgedessen schickte Berlin die ja schon im inländischen Heiligendamm erprobten „Tornados“ ins afghanische Kriegsgebiet und schiebt derzeit gerade noch eine „schnelle Eingreiftruppe“ zum Kampfeinsatz in vorderster Front hinterher. Damit eine Mehrheit dahintersteht – wenn auch bisher leider noch keine deutsche –, haben jetzt Wissenschaftler der „Freien Universität“ (FU) in Berlin per Meinungsumfrage in Afghanistan zeitgleich flankierend herausgefunden, 99 Prozent (in Worten neunundneunzig – und da regen sich doch welche tatsächlich noch über koreanische Wahlergebnisse auf!) der Afghanen bäten flehentlich um die weitere Anwesenheit neudeutscher Landser …

Bleibt nur die Frage, wieso unsere tapferen Truppen mit der albernen einprozentigen Minderheit nicht fertig werden …

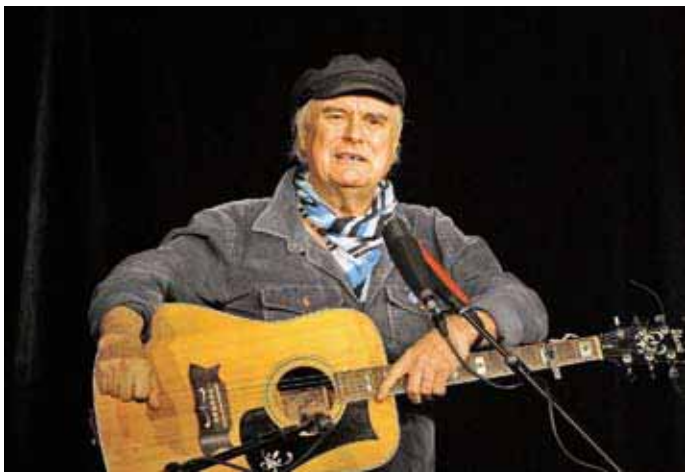


Foto: www.dietrich-kittner.de

Dietrich Kittner

„Das politische Kabarett in Deutschland hat seit mehr als vierzig Jahren einen Namen: **Dietrich Kittner**“ (Stuttgarter Nachrichten)

Quelle: **www.dietrich-kittner.de**

P.S. Dietrich Kittner und seine Frau Christel haben zur Landtagswahl in Niedersachsen in ihrer Heimatstadt Hannover gewählt.

Kein Ort für Neonazis – nirgends

Am 16. April ist Bad Saarow Gastgeber der Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes. Bad Saarow wird sich den Gästen als liebenswerter Kurort, als „Perle am Märkischen Meer“ präsentieren, mit einem Fest der Demokratie.

Alte und neue Nazis rufen ihren braunen Mob dazu auf, an diesem Tag in Bad Saarow zu demonstrieren. Bunt, laut, fröhlich und gewaltfrei werden Saaroweerinnen und Saarower, alle demokratisch gesinnten Menschen diesen Verächtern der Demokratie, den geschichtsvergessenen Nachfolgern der verbrecherischen NSDAP den Schwur von Buchenwald entgegenrufen:

Nie wieder Krieg –
Nie wieder Faschismus!

Alle Fraktionen der Gemeindevertretung sind sich im Protest gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen einig. Zahlreiche Bürger des Ortes, Vereine und Parteien haben sich zur „Initiative Tolerantes Bad Saarow gegen alte und neue Nazis!“ zusammengeschlossen und veranstalten gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen des Kurortes, mit Schülern und Schülerinnen ein „Fest der Demokratie“. Auch die umliegenden Gemeinden des Amtes Scharmützelsee, die Vertreter und Initiativen aus dem Landkreis sind zu diesem Tag in Bad Saarow herzlich eingeladen, unser buntes Fest der Demokratie mitzugestalten. Das Motto unseres gemeinsamen Feierns lautet: Kein Ort für Neonazis – nirgends.

Christian Pietà ,
Initiative Tolerantes Bad Saarow gegen alte und neue Nazis! 5. 4. 2008

Kontakt

info@Bad-Saarow-gegen-rechts.de

www.bad-saarow-gegen-rechts.de

Handeln statt reden – Gerlinde Stobrawa hat Wort gehalten

Gerlinde Stobrawa
MdL, Fraktion DIE LINKE, Vizepräsidentin des Landtages, ehrenamtliche Bürgermeisterin in Bad Saarow

Schwerpunkte Gerlinde Stobrawas in der neuen Wahlperiode

Die finanzielle Konsolidierung des Haushalts der Gemeinde muss weitergehen.

Die Gestaltung unseres Ortszentrums zur Wohlfühlmitte unseres Kulturortes und unser Kulturgemeinde muss weitergeführt werden.

Saarow Strand braucht dringend einen Entwicklungsschub.

Wir wollen erreichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger und unsere Gäste bei uns wohl fühlen.

Ich werde die Kommunalpolitik auch weiterhin durchsichtig und parteiübergreifend zum Wohle unserer Gemeinde mitgestalten.

Bürgernähe ist mein Prinzip – dabei bleibt es!

Am 26. Januar 2003 wurde Gerlinde Stobrawa mit 62 Prozent zur Bürgermeisterin von Bad Saarow gewählt. Jetzt im April 2008 hat DIE LINKE in Bad Saarow sie für eine erneute Kandidatur nominiert in der Hoffnung auf die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit. Mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 geht es vor allem auch darum, Resümee zu ziehen und zu fragen: Was wurde davon inzwischen auf den Weg gebracht?

Hallo Gerlinde, Du hattest im Wahlkampf 2003 versprochen, alles für die Stärkung der Finanzkraft der Gemeinde und die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der gemeindeeigenen Gesellschaften einzusetzen. Wie sieht Deine Bilanz fünf Jahre später aus?

Grundlage aller Maßnahmen auf diesem Gebiet waren und sind genehmigungsfähige Haushalte. Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes standen deshalb immer an erster Stelle: Gespräche beim Innenministerium, Erschließung erhöhter Einnahmen zum Beispiel durch die Kurtaxe, ständige Abstimmung mit dem Landkreis, Überprüfung aller Satzungen in Bad Saarow, Verhandlungen mit Banken, um eine Umschuldung von Krediten zu erreichen und eine ständige Transparenz in der Gemeindevertretung und bei der Bevölkerung zu erreichen.

Die Schulden unserer Gemeinde konnten weiter abgebaut werden und die gemeindeeigene Kur GmbH konnte auf sichere finanzielle Füße gestellt werden. Natürlich müssen sich auch gemeindeeigene GmbHs am Markt behaupten, es gibt Turbulenzen – aber in solchen Situationen bewährt sich ein gut funktionierender Aufsichtsrat.

Nicht gelungen ist es uns, die gemeindeeigene B+D GmbH zu erhalten. Nachdem im Dezember 1996 die Wohnungen im Karl-Marx-Damm gekauft wurden, stellten die Alteigentümer im Dezember 2004 Antrag auf Rückübertragung. Diesem Antrag wurde stattgegeben, so musste im April 2005 wegen drohender Zahlungsfähigkeit Insolvenz angemeldet werden. Im Dezember 2005 wurde durch das Insolvenzgericht das Insolvenzverfahren eröffnet.

Ich bin mir sicher, dass die im Jahr 2005 in die Rekonstruktion der Therme investierten 1,7 Millionen Euro gut angelegt wurden, obwohl natürlich auf diesem Gebiet der Wettbewerb immer härter wird. Immerhin hat die Therme in den „besten“ Monaten etwa 1000 Tagesgäste. Gut angelegt sind auch die eingenommenen Kurbeiträge, die z. B. für Pflege und Unterhaltung von Großgrün und Freiflächen ebenso eingesetzt werden wie für die Reinigung der öffentlichen Toiletten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die weitere Gestaltung des Ortszentrums mit dem Schwerpunkt Bahnhofsanierung. Was gibt es zu berichten?

Der Gedanke zur Rekonstruktion des Bahnhofs entstand auf der Grundlage von Fördermitteln, die zum Zeitpunkt des Erwerbs des Bahnhofsgebäudes durch die Gemeinde Mitte der 90-iger Jahre noch in Größenordnungen flossen.

Doch das Geld wurde knapp und knapper und für Bad Saarow wurde es immer schwieriger, Fördermittel für ein solches Projekt einzuwerben. Deshalb ist es vor allem dem ehrenamtlichen Engagement von Bürgern Bad Saarows, vor allem den Mitgliedern des Fördervereins „Kurort Bad Saarow e. V.“ zu danken, die eine Spendenaktion für den Erhalt der Säulen ins Leben riefen. Und auch die Gemeinde hat sich engagiert: Fördermittel des Landes, Zuschüsse vom Landkreis Oder-Spree, Spendenmittel und Gelder aus dem Haushalt der Gemeinde sind inzwischen eingeworben und eingesetzt. Nachdem 2005 die Rekonstruktion der Außenhülle abgeschlossen werden konnte, sind wir jetzt in der Endphase des Innenausbaus: die Gästeinformation und das Standesamt sind schon eingezogen.

Mit dem Ausbau des P+R Platzes hinter dem Bahnhof ist seit vergangenem Jahr auch das Umfeld ansehnlicher geworden. Durchgeführte Bahnhoffeste fanden bei der Bevölkerung großen Anklang.

Und auch baulich geht's im Ort voran. Zum Beispiel wurde die Rekonstruktion der Wohnblöcke Pieskower Straße/Schulstraße durchgeführt. Viele Kilometer Straße und Radwege sind neu entstanden bzw. rekonstruiert worden. Und in der Planung befinden sich die dringend notwendigen Straßenbaumaßnahmen für die Ortsdurchfahrt Neu Golm und Petersdorf.

DIE LINKE macht sich für Bildung und Kultur, Jugend und Sport, für ein attraktives Vereinleben und natürlich auch für die Senioren einer Kommune stark. Wie sieht es in Bad Saarow aus?

Zur Bilanz: Trotz knapper Kassen werden jährlich 36 000 Euro für den Erhalt des Jugendclubs in den Haushalt der Gemeinde eingestellt. Auch die Spenden des Neujahrsempfanges 2004 und unserer Rotarier halfen mit, den Jugendclub deutlich in seinen Angeboten zu verbreitern. Die beim Neujahrsempfang 2006 geworbenen Mittel werden für die weitere Ausstattung der Kinder- und Jugendmannschaften des FSV Preussen eingesetzt. Es ist gelungen, Gelder für den weiteren Ausbau des Platzangebotes zu erreichen. Der erste Spatenstich soll noch vor den Kommunalwahlen erfolgen. Und die monatlichen Geburtstagsfeiern für unsere Senioren sind dank der AWO zu einer beliebten und festen Instanz geworden.

Es ist uns leider nicht gelungen das Saarow-Shuttle weiter zu finanzieren. Das hat negative Einflüsse auf die Mobilität gerade unserer älteren Bürgerinnen und Bürger.

Also insgesamt eine positive Bilanz mit der es lohnt sich zur Wiederwahl zu stellen?

Ja, ich denke schon. Das es vorwärtsgeht im Ort ist zu spüren und die Bürgerinnen und Bürger ziehen auch mit. Der Gewerbepark unseres Amtes ist gut ausgelastet. Im Theresienhof entstehen Ferienhäuser und ein Hotel – ein weiterer Gästemagnet für unseren Kurort. Die Geschwister-Scholl-Straße wurde in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Boden GmbH im Rahmen der Konversion erschlossen, hier entstehen demnächst Eigenheime. Auch auf dem Eibenhof geht es vorwärts. Das Parkhotel wurde abgerissen und somit sind hier, wenn durch die Verlegung der Trinkwasserschutzzone II die Voraussetzungen geschaffen wurden, neue Investitionen möglich.

Das Interview führte Stephan Wende